

PETER JONES

Der »erweiterte Nahe Osten« im Licht der transatlantischen Beziehungen

Meine Bemerkungen, die auf einer fast zehn Jahre langen Beschäftigung mit der Idee eines neuen Ansatzes für Sicherheit und Reform im Nahen Osten basieren, möchte ich hier mit sechs Punkten beginnen. Einige von ihnen sind selbstverständlich, aber ihre Wiederholung soll die weiterführenden Analysen untermauern. Des Weiteren möchte ich versuchen, einige spezielle Fragen zu beantworten, die mir von der Böll-Stiftung gestellt wurden. Zum Schluss werde ich einige Überlegungen über den vor uns liegenden Weg anstellen.

■ Allgemeine Punkte

Erstens muss man sich daran erinnern, dass die Idee, eine Art von regionalem System für den Nahen Osten zu schaffen, das auf Reform und Veränderung ausgerichtet ist, weder eine neue noch eine »von außen« kommende Idee ist. Es handelt sich vielmehr um eine lange vorhandene Idee, die aus der Region selbst kommt. Der vom ägyptischen Präsidenten Mubarak vorgelegte Plan für eine regionale Abrüstung enthält Überlegungen zu einem neuen Ansatz für regionale Beziehungen. Dasselbe gilt für den Vorschlag zum Friedensprozess, der vom saudischen Kronprinzen beim Treffen der Arabischen Liga in Beirut vorgelegt wurde. Regionale Führer, wie der ehemalige Kronprinz von Jordanien, haben öffentlich über die Idee eines neuen regionalen Systems für den Nahen Osten nachgedacht. Es ist also äußerst wichtig zu berücksichtigen, dass es bereits Reform- und Veränderungsbemühungen im Nahen Osten gibt, von denen einige offiziell sind (zum Beispiel politische Reformen in einigen Ländern), während andere von NGOs kommen (wie zum Beispiel beim Treffen in Alexandria). Somit gibt es also kein Vakuum, was das regionale Denken und Handeln in diesen Fragen betrifft.

Zweitens: Ideen zu einer Veränderung in dieser Region dürfen keine Vorschläge sein, die eine »Schnellreparatur« anstreben (oder als solche gesehen werden), um den Anforderungen eines politischen Moments oder bevorstehenden Wahlen gerecht zu werden. Hier handelt es sich um Vorschläge für eine grundlegende Veränderung, und es ist unrealistisch zu denken, dass im Nahen Osten etwas innerhalb von Monaten geschehen könnte, was in

Europa und anderswo Jahrzehnte gedauert hat. Vielleicht brauchen wir beim Nahen Osten nicht mit Jahrzehnten zu rechnen, aber sicher doch mit einigen Jahren. Jedenfalls ist es wichtig festzuhalten, dass – auch wenn es Zeit brauchen wird, eine befriedigende Situation im Nahen Osten zu schaffen – die ersten Schritte, so bescheiden sie auch sein mögen, sehr bald eine positive Auswirkung haben können.

Drittens: Dies muss aus der Region kommen. Wenn Staaten außerhalb dieser Region daran beteiligt sind, so muss das auf der Grundlage einer echten Partnerschaft geschehen. Der Versuch, Modelle von außerhalb aufzuzwingen, wird nicht funktionieren. Und auch noch so gut gemeinte Versuche, verschiedene andere Modelle und Institutionen zusammenzubasteln und zu installieren oder vorübergehende Fortschritte zu erzielen, die auf den Wünschen von Ländern oder Institutionen außerhalb dieser Region beruhen, werden nichts bringen. Das Selbstwertgefühl in dieser Region ist so beschaffen, dass dieser Kurs weder von den Völkern noch von ihren Regierungen akzeptiert wird. Doch auch wenn die Idee eines »regionalen Eigentumsrechts« sehr wichtig ist, muss die Region ehrlich zu sich selbst sein und zugeben, dass dieses »Eigentumsrecht« noch nicht so bald in vollem Umfang umgesetzt werden kann, da diese Region weitestgehend nicht in der Lage ist, wirklich alles einschließende Dialoge zu beginnen und in Gang zu halten. Dazu gleich mehr.

Viertens: Kein Modell nach dem Motto »eine Größe für alle« wird funktionieren. Der Nahe Osten ist eine riesige und vielfältige Region. Gerade weil es einen Bedarf für ein die ganze Region umfassendes System gibt, müssen wir sehen, dass subregionale und bilaterale Dynamiken in diesem gesamten Bereich wichtig sein werden. Bei der Arbeit, die ich über Jahre hinweg getan habe, war der Begriff einer »variablen Geometrie« von großer Bedeutung. Einfach ausgedrückt besagt diese Idee, dass im Gesamtrahmen der Region verschiedene Spieler mit unterschiedlicher Geschwindigkeit an bestimmte Punkte herangehen können. Das wird ein dynamischer Prozess sein, und wir müssen erkennen, dass es einen Bedarf an Flexibilität gibt, die es den einzelnen Spielern ermöglicht, eigene Wege zu gehen.

HEINRICH
BÖLL
STIFTUNG

■ »Jenseits des Iraks – ein Trialog«

Auf der »Jenseits des Iraks – ein Trialog« Die aktuelle Diskussion in Europa und den USA zielt auf eine abgestimmte transatlantische Initiative für den Nahen Osten. Wenn sie erfolgreich sein will, muss sie zu einem Trialog mit Regierungen, Intellektuellen und Zivilgesellschaft aus der Region selbst erweitert werden. Gegenstand dieser Initiative ist ein Dreieck aus wirtschaftlicher Modernisierung, sozialer Entwicklung und politischer Demokratisierung der Region. Vorhandene positive Entwicklungen in den einzelnen Gesellschaften sollten verstärkt, bereits bestehende Kooperationen mit Partnern aus der Region vertieft und erweitert werden. Beispiele dafür sind der Barcelona-Prozess der EU mit den südlichen Anrainern des Mittelmeers, die Kooperation der EU mit dem Golftrat und das US-jordanische Freihandelsabkommen.

Ein Ertrag dieses Prozesses muss auch ein Gewinn an innerer und äußerer Sicherheit für alle beteiligten Partner sein – nicht nur für die Länder in der Region selbst. Der israelisch-arabische Konflikt darf nicht ausgeklammert, seine Lösung aber auch nicht zur Vorbedingung für weitergehende Veränderungen gemacht werden.

Mit der Konferenz »Jenseits des Iraks – Ein Trialog über Modernisierung, Demokratie und Sicherheit im Nahen und Mittleren Osten« eröffnet die Heinrich-Böll-Stiftung eine längerfristig angelegte Auseinandersetzung mit den Entwicklungen in dieser Region und mit der Nahostpolitik der EU und der USA.

An dieser Stelle werden ausgewählte Konferenzbeiträge der Konferenz veröffentlicht. Weitere Informationen (und die Dokumentation auf CD) bei Sascha Mueller-Kraenner, Heinrich-Boell-Stiftung, sascha@boell.de oder unter www.boell.de/irak

Fünftens: Jedes System, das eingeführt wird, muss ein echtes Nahost-Modell für regionale Sicherheit sein. Es kann hilfreich für die Westländer sein, sich mit der Idee, eine »Nahost-Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit« zu schaffen, zurückzuhalten. Mögen solche Vorschläge auch dazu gedacht sein, die Aufmerksamkeit in begrifflicher Weise auf eine Idee zu lenken, so klingt das im Nahen Osten doch eher so, als ob man nur ein Modell zu übernehmen bräuchte, das anderswo entwickelt wurde, damit alles gut wird. Jedes Modell, das im Nahen Osten eingeführt wird, muss daher ein eigenständiges sein, das speziell von den Völkern dieser Region für ihre eigenen geschichtlichen, gesellschaftlichen und politischen Realitäten entworfen wird. Die anderen, bereits vorhandenen regionalen Erfahrungen (wie die OSZE, ASEAN, die OAS und weitere)¹ können bei der Entwicklung von Ideen für ein spezielles Nahost-System herangezogen werden. Und die verschiedenen Projekte, an denen ich beteiligt war, haben das auch gemacht. Aber diese Modelle können nicht einfach auf den Nahen Osten »übertragen« werden. Ganz allgemein gesagt, bin ich zunehmend davon überzeugt, dass es einen Bedarf für die Bildung einer Gruppe von Experten gibt, die sich in regionalen Sicherheitsfragen und im Nahen Osten auskennen. Es gibt Leute, die wissen, wie sich regionale Sicherheitssysteme entwickelt haben, und andere, die etwas über den Nahen Osten wissen, aber es gibt nur relativ wenige, die sich in beidem auskennen und die erforderlichen Verbindungen zwischen konzeptuellen Ideen und regionalen Realitäten herstellen können.

Und schließlich, auch wenn ich voll und ganz der Meinung bin, dass die Schaffung eines kooperativen Nahost-Systems zusammen mit der Förderung der sozialen und politischen Reformen von lebenswichtiger Bedeutung ist, so bin ich doch immer mehr davon überzeugt, dass das nur im Zusammenhang mit Fortschritten in Hinblick auf den Friedensprozess und insbesondere mit der Irak-Frage geschehen kann. Was allerdings nicht bedeutet, dass die Entwicklung neuer regionaler Kooperationsideen vom Friedensprozess im Nahen Osten oder vom Irak abhängig sein sollte. Die Sicherheit des Nahen Ostens ist noch wichtiger als der Friedensprozess. Wir sollten nie vergessen, dass in Konflikten zwischen und unter muslimischen Ländern mehr Menschen umgekommen sind als in allen arabisch-israelischen Kriegen und dass die Fälle, in denen Massenvernichtungswaffen eingesetzt wurden, nichts mit der Konfrontation mit Israel zu tun hat-

ten. Das ist kein Versuch, die Bedeutung von Massenvernichtungswaffen herunterzuspielen, sondern soll ein Hinweis darauf sein, dass es viele Fragen der regionalen Sicherheit gibt, die nichts mit dem arabisch-israelischen Konflikt zu tun haben, und dass sich einige regionale Führer hinter diesem Konflikt versteckt haben, um sich nicht mit anderen Reformfragen beschäftigen zu müssen.

Aber wir müssen der Tatsache ins Gesicht sehen, dass es unwahrscheinlich ist, dass die Staaten dieser Region einen neuen Ansatz für regionale Beziehungen entwickeln, solange sie ihrer jeweiligen Öffentlichkeit nicht zeigen können, dass der Friedensprozess und der Irak auf dem Weg zu einer akzeptablen Lösung sind und dass die zu beobachtenden »Fehlentwicklungen« korrigiert wurden.

■ Fragen

Neben diesen allgemeinen Punkten gibt es einige Schlüsselfragen, die erörtert werden müssen. Wie zu erwarten ist, gibt es keine einfachen Antworten. Wie ein weiser Mann einst sagte: Wenn es einfach wäre, wäre es schon gemacht worden.

1. Was verstehen wir unter Nahem Osten?

Wir müssen endlich einsehen, dass der Ausdruck »Naher Osten« selbst schon ein westliches Konstrukt ist. Unter dieser Voraussetzung würden die meisten in dieser Region zustimmen, dass man zumindest in einigen Punkten etwas ausmachen kann, das als Naher Osten bezeichnet werden könnte. Aber was? Politologen haben viel Zeit mit dem Versuch verbracht, zu definieren, was eine Region ist. Allerdings ohne zu einer Übereinstimmung zu kommen. Letzten Endes ist die Bedeutung einer Region etwas, das sich im Laufe der Zeit entwickelt. Dazu gehören in unterschiedlichem Maße ethnische, religiöse, geschichtliche, sicherheitsmäßige und ökonomische Faktoren. Vielleicht ist der einzige Weg, eine Region zu definieren, zu sagen, dass es sich um einen Bereich handelt, in dem die Ereignisse in einem Land eine bestimmte Resonanz in seinen Nachbarländern haben und dass sie keine in entfernteren Ländern haben. Eine Region kann vielschichtig und vielgestaltig sein.

Bei unserer Arbeit war die akzeptierbarste Definition des Nahen Ostens für die regionalen Mitarbeiter: Die Staaten der Arabischen Liga, Iran, Israel und die Türkei – wobei bei Letzterer nicht klar ist, ob sie gleichzeitig zum Nahen Osten und zu Europa gehören kann. Aber die Türkei wird sicherlich eine wichtige Rolle bei allem spielen, was jemals zustande kommen mag. Innerhalb des Nahen Ostens gibt es problematische Subregionen: den Persischen Golf, die Levante und den Maghreb. Und es gibt auch Länder, die gleichzeitig zum Nahen Osten und zu anderen Regionen (Afri-

ka, Kaukasus etc.) gehören. Und schließlich gibt es einige Länder, die nicht zu dieser Definition gehören, aber deren Politik und deren Aktivitäten einen dramatischen Einfluss auf die Länder haben, die dazugehören. Hier kommen Flexibilität und der Begriff der »variablen Geometrie« ins Spiel.

2. Wie kann eine Reforminitiative für den erweiterten Nahen Osten gestartet werden, die ein Maximum an Eigentumsrecht in der Region garantiert?

Es gibt keine Garantien. Man muss sich daran erinnern, dass es nicht um eine einzige Initiative geht. Es wird viele geben und einige von ihnen werden offiziell sein (*Greater Middle East Initiative* – GMEI), andere ausschließlich aus der Zivilgesellschaft kommen (Alexandria), und für manche wird beides gelten. Die erfolgreichsten Initiativen werden wahrscheinlich beide kombinieren und in der Lage sein, sich im Laufe der Zeit weiterzuentwickeln. Wir sind immer noch in einem Stadium, in dem viele Blumen auf verschiedenen Ebenen (offiziell, Zivilgesellschaft etc.) blühen, und das ist sicherlich gut so, wenngleich manchmal auch verwirrend. Der Schlüssel liegt vielleicht nicht so sehr darin, eine einzige Initiative zu starten, sondern auf die Synergien und die Chancen zu setzen, die die unterschiedlichen Ansätze bieten.

Einer der wichtigsten Punkte ist der Dialog innerhalb der Region und zwischen der Region und den Ländern außerhalb der Region darüber, wie diese Projekte vorankommen sollen. Bei allen Diskussionen in der Region über die Forderung nach Eigenständigkeit, müssen wir uns daran erinnern, dass im Moment kein die ganze Region umfassender und in der ganzen Region geführter Dialog möglich ist, da es Probleme mit bestimmten Hauptprotagonisten gibt, die sich weigern, sich gegenseitig anzuerkennen. Viele von denen, die jede Idee für eine Diskussion ablehnen, tun das, weil »Außensteiter« daran beteiligt werden könnten, die Diskussion in Gang zu bringen; und dieselben Protagonisten lehnen es ab, selber eine ernsthafte Diskussion zu beginnen, falls bestimmte andere Protagonisten aus der Region an ihr teilnehmen würden – ein unmöglicher und allzu bequemer Grund, nichts zu tun, was zu einer wirklichen Veränderung führen könnte. Auswärtige Spieler könnten somit eine Rolle als Unterstützer spielen, wenn das Ziel wirklich darin besteht, alle in der Region zu beteiligen, aber eine solche Unterstützung hat nichts mit Eigentumsrechten zu tun. Diejenigen, die sich selbst für die Unterstützerrolle anbieten, müssen das begreifen und sehr hart daran arbeiten, klar zu machen, dass sie und ihre Gesprächspartner in der Region die gleiche Auffassung davon haben, was Unterstützung heißt.

1 OSZE – Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit; ASEAN – Association of South East Asian Nations; OAS – Organization of American States.

3. *Wer sollte eine solche Initiative ergreifen: alle Regierungen in der Region, nur »Reformländer«, die demokratische Zivilgesellschaft oder all diese gemeinsam?*

Das ist zwar nicht die entscheidende Frage, aber wer könnte überhaupt diese Entscheidung treffen? Wie schon gesagt, viele Ideen kommen auf vielen Ebenen ins Spiel. Die Frage, wem eine bestimmte Initiative zukommt, könnte rein akademisch sein. An irgendeinem Punkt, wenn die Diskussion über eine Frage beginnt, sich auf einen Prozess zu konzentrieren, mag dies interessant werden. Mein grundsätzlicher Rat lautet, so viele wie möglich zu beteiligen – denn nur mit denen zu reden, die die eigenen Auffassungen teilen, mag zwar befriedigend sein, wird aber wahrscheinlich keine Hindernisse überwinden. Unsere Definition dessen, was uns voranbringt, lautet, dass jedes regionale System, das eingerichtet wird, alles umfassen muss und am Tisch einen Platz für alle regionalen Spieler bereithalten muss, auch wenn der eine oder andere ihn zunächst nicht einnehmen will.

4. *Welche Grundvoraussetzungen sollen wir machen: universelle Werte, wie in der UN-Charta der Menschenrechte festgelegt; demokratische Standards wie eine unabhängige Rechtsprechung, ein Mehrparteiensystem, die Trennung der Gewalten et cetera?*

Die universellen Werte sind genau das, nämlich universell und allgemein gültig. Alle Länder dieser Region haben die UN-Charta, die »Allgemeine Erklärung der Menschenrechte« und andere grundlegende Dokumente unterschrieben, auch wenn einige Regierungen in dieser Region nicht unbedingt gewillt waren, all diese Verpflichtungen einzuhalten. Heute gibt es innerhalb und außerhalb dieser Region einen Schub, diesen Verpflichtungen Geltung zu verschaffen, aber das muss auf eine Weise geschehen, die aus der Region selber kommt. »Demokratie«, wie wir sie im Westen verstehen und praktizieren, ist zum Beispiel nicht unbedingt das einzige Modell einer repräsentativen Regierungsform. Außerdem sollte man sich daran erinnern, dass demokratische Auffassungen, Frauenrechte und so weiter, dem Nahen Osten nicht fremd sind. Die so genannte »Verfassung von Medina«, die 500 Jahre vor der »Magna Carta« vom Propheten Mohammed unterzeichnet wurde, enthält Ideen, die mit dem übereinstimmen, was

wir heute als demokratischen Pluralismus betrachten.

Ich meine, man muss sich heute darum bemühen, ein Verständnis dafür zu entwickeln, was die Auffassungen, die diesen Dokumenten zugrunde liegen, im Bereich des Nahen Ostens kulturell, gesellschaftlich, geschichtlich und politisch bedeuten können und wie man sie im heutigen regionalen Umfeld wieder stärker zur Geltung bringen kann. Es gibt eine sehr wichtige Diskussion, die unbedingt fortgeführt werden muss, über das, was wir meinen, wenn wir Wörter wie »Demokratie« und »Säkularismus« verwenden. Ich halte es für möglich, dass wir herausfinden werden, dass wir eine Reihe von Konzepten und Begriffen entwickeln müssen, die einige Klüfte überwinden können.

5. *Wie kann der Westen bei diesem Prozess helfen, vor allem in einer Zeit, in der die Verärgerung in der Region zunimmt? Hat der Folterskandal von Abu Ghraib die »soft power« abgeschwächt, die der Westen braucht, um für diese Reformen einzutreten?*

Kurzfristig, ja. Aber wir sollten vorsichtig sein, wenn wir in dieser Region die Gefühle für bestimmte Regierungen und Politikformen von den Gefühlen für die Ideale trennen, für die der Westen steht. Wie ich meine Freunde im Nahen Osten immer wieder erinnere, müssen gerade wir als Westler bedenken, dass es weder einen monolithischen Nahen Osten noch einen monolithischen »Westen« gibt. Ich glaube, dass die meisten im Nahen Osten den Westen gar nicht hassen – sie haben große Achtung vor dem Westen. Vielleicht haben viele Leute im Nahen Osten das Gefühl, dass einige westliche Führer ihr Glaubensbekenntnis nicht respektieren und

HEINRICH
BÖLL
STIFTUNG

sind darüber verärgert. Aber auch das ist nicht nur ein Problem des Westens.

Was die Frage betrifft, wie der Westen helfen kann, so meine ich, wir müssen ganz bescheiden beginnen; wir haben nicht die Antworten. Nur die Region kann bestimmen, wie die Antworten lauten können. Aber es ist wichtig für den Nahen Osten, auch ehrlich zu sich selbst zu sein. Wie schon bei der Frage der »Eigentumsrechte« erwähnt, ist der Nahe Osten nicht in der Lage, Diskussionen in Gang zu bringen, die wirklich die ganze Region einbeziehen. Unterstützung ist notwendig – aber es ist lebenswichtig, dass die Leute auf beiden Seiten darüber diskutieren, was sie unter Unterstützung verstehen.

Wir im Westen sollten uns nicht genieren, ganz offen zu sagen, dass wir ein Interesse an Reformen im Nahen Osten haben. Es ist offensichtlich, dass die Instabilität in dieser Region Auswirkungen auf uns hat, und wir haben das Recht das zu sagen und zu versuchen, diese Instabilität zu verringern. ▶



Palmyra/Syrien: Beduine hat auf dem Viehmarkt eingekauft. Aufschrift der Wagentür: »Allah«. – Alle Fotos: Markus Kirchgeßner

Fortsetzung von Seite III

■ Schlussfolgerung

Was ist nun das Ergebnis von all dem? Der vorwärts führende Weg bleibt unklar, aber ich glaube, dass es im Nahen Osten einige Ideen gibt, was die Schaffung eines regionalen »Systems« betrifft. Sie fordern die »Einleitung eines ständig weitergehenden Prozesses in dieser Region«, der die Entwicklung von Verhaltensregeln beinhaltet. Diese Regeln muss man sich als einen Komplex von drei miteinander verbundenen Abmachungen vorstellen: zwischen den Staaten der Region, was den Umgang miteinander betrifft; zwischen den Staaten und ihren Bevölkerungen, was politische, soziale und ökonomische Reformen betrifft; und zwischen der Region und der restlichen Welt, was die jeweiligen Erwartungen und Verantwortlichkeiten betrifft. Diese Regeln werden dann zum Gegenstand weiterführender Überlegungen und Umsetzungen. Das Ziel eines solchen Systems besteht darin, der Region eine Reihe von Werkzeugen zu geben, die ihr helfen, eine Phase des Übergangs und der Veränderung zu bewältigen.

Was die grundlegenden Ideen für ein solches System betrifft, sind die folgenden Punkte von großer Bedeutung:

- Das System muss auf einem Komplex von Verhaltensregeln für die Region basieren, und die Staaten in der Region müssen bei ihrer Erarbeitung führend sein, wenn notwendig mit Unterstützung von außen;
- das System sollte nicht als etwas Statisches gedacht werden, sondern eher als ein Prozess, der sich im Laufe der Zeit entwickelt;
- solch ein Prozess muss alles einschließen und offen für alle Länder in der Region (auch wenn nicht alle von ihnen von Anfang an mitmachen) und für eine Gruppe von Partnern außerhalb der Region sein (zu denen wahrscheinlich die P5, die G8, die EU und die UN gehören werden);
- kein Ansatz à la »eine Größe für alle« – variable Geometrie ist wichtig;
- der Prozess muss zu einer umfassenden Definition der Sicherheit führen, um alle Fragen der sozialen und politischen Umgestaltung in der Region einzuschließen;
- die Regierungen können in einigen Punkten eine Führungsrolle spielen, aber auch die Zivilgesellschaft muss einen entscheidenden Anteil an der Entwicklung dieser Ideen haben.

Aus dem Englischen von Ronald Voullié

→ Peter Jones arbeitet am »Munk Center for International Relations« der Universität von Toronto.

IZZAT ABDEL HADI

Von den Problemen der arabischen Zivilgesellschaft und der Arbeit der NGOs

Ich möchte zunächst sagen, dass die Organisationen der arabischen Zivilgesellschaft in der Tat von entscheidender Bedeutung für den humanitären Entwicklungsprozess sind. Außerdem spielen sie auch eine wichtige Rolle im Demokratisierungsprozess sowie im Hinblick auf die Menschenrechte, die soziale Gerechtigkeit und die Schaffung einer lebensfähigen und lebendigen Zivilgesellschaft. Gegenwärtig sind sie an zwei wichtigen Prozessen beteiligt, nämlich an der Entwicklung und an der Demokratisierung. Gegenüber einer Kritik, dass die arabischen NGOs es nicht geschafft haben, auf die neuen Anforderungen zu reagieren und insbesondere eine massenhafte Mobilisierung oder Rekrutierung und soziale Veränderung in Gang zu bringen, muss ich allerdings darauf hinweisen, dass Defizite in der Arbeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen mit der neuen Rolle der Beteiligung am Entwicklungsprozess als gleichberechtigter Partner der Regierung und des privaten Sektors zusammenhängen. Die Beteiligung der Zivilgesellschaft am Demokratisierungsprozess und an der gesellschaftlichen Umgestaltung ist auch eine neue Rolle für die Zivilgesellschaft. In den letzten zehn bis fünfzehn Jahren waren sie an diesen beiden wichtigen Prozessen beteiligt. Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt basierte eher auf verschiedenen Formen der Wohltätigkeit und darauf, für die Gemeinschaft bestimmte Dienste zu leisten, aber sie war nicht am Demokratisierungsprozess und an der menschlichen Entwicklung beteiligt. Deshalb befinden sich die arabischen NGOs jetzt in einer Übergangsphase und bemühen sich, von der Unterstützung Notleidender zur Entwicklung und von der Naturgesellschaft zu einer Zivilgesellschaft überzugehen.

In der arabischen Welt gibt es immer noch Clans, Stämme, Fraktionskämpfe und Wettstreit. Und es ist für NGOs in der Tat sehr schwierig, diesen Übergang ohne bestimmte grundsätzliche Voraussetzungen und Bedingungen zu bewerkstelligen. Erst nach dem Zusammenbruch der UdSSR, nach den grundlegenden Änderungen in Osteuropa und den Privatisierungs- und Umstrukturierungsprozessen wurden die arabischen NGOs an der Entwicklung beteiligt, welche bekanntlich ein sehr komplizierter Prozess ist. Diese beiden

wichtigen Aufgaben – der Übergang von der Unterstützung zur Entwicklung und der Übergang von der Naturgesellschaft zur Zivilgesellschaft – sind eine wichtige Rolle für die NGOs und erfordern eine Reihe von Veränderungen innerhalb der Zivilgesellschaft. Die wichtigste Veränderung besteht darin, die Öffentlichkeit nicht als Nutznießer, sondern als Wählerschaft zu sehen. Dazu sind natürlich andere Strategien wie etwa aktives Engagement notwendig. Der Übergang von Nutznießern zu Wählern ist ein wichtiger Punkt, der allerdings eine programmatische und strukturelle Veränderung innerhalb der NGOs voraussetzt. Die Zivilgesellschaft selber sollte sich von Fraktionskämpfen, der Clan-Basis, Familie, »one person show« und enger geographischer Orientierung zu einer demokratischeren, verantwortlicheren, transparenteren und professionelleren Organisation entwickeln. Das ist wirklich eine riesige Aufgabe, und dazu werden viele Programme zur Schaffung der entsprechenden Fähigkeiten benötigt. Die Zivilgesellschaft in der arabischen Welt muss noch sehr viel mehr gestärkt werden, wenn ein lebendiger transparenter Sektor geschaffen werden soll.

Schon der Begriff des dritten Sektors selber, also des Sektors der Zivilgesellschaft, ist in der arabischen Welt problematisch, weil wir keinen analytischen Rahmen, keinen begrifflichen Rahmen und keine Definition der Zivilgesellschaft haben. Wir nennen sie in der arabischen Welt »Al mushdallah al ahali«, also »das Volk der Gesellschaft« (»the people of society«), was auch den herkömmlichen und nicht nur den modernen Begriff der Zivilgesellschaft einschließt. Dieser Begriff beinhaltet Wohltätigkeit, Stämme, Familienbeziehungen et cetera. Und wir haben nicht genügend Zeit, um die Auffassung und den Begriff von der Zivilgesellschaft in der arabischen Welt ausführlicher zu entfalten. Das ist von der politischen und sozio-ökonomischen Entwicklung in dieser Region abhängig. Ich meine, das ist ein wichtiger Punkt, der unbedingt erwähnt werden muss.

Der zweite Punkt ist, dass es für die nationalen Regierungen in der arabischen Welt sehr schwierig war, diese beiden neuen Rollen zu akzeptieren: die Zivilgesellschaft als Part-

ner bei der Entwicklung und die Zivilgesellschaft als Anwalt für Menschenrechte und den Übergang zur Demokratie. Folglich, und das ist eine der größten Herausforderungen, ist es der Zivilgesellschaft und der nationalen Regierung nicht gelungen, ein brauchbares Kooperationsmodell beziehungsweise eine professionelle Zusammenarbeit untereinander zustande zu bringen, weil es für die Regierung schwierig war, den Begriff oder die Vorstellung einer Zivilgesellschaft zu akzeptieren, die auf gleichberechtigter Partnerschaft beruht.

Die Zivilgesellschaft steht gleichberechtigt auf derselben Stufe wie die Regierung und deshalb sind wir sehr daran interessiert, dieses Modell zu entwickeln, das auf der Beteiligung der Zivilgesellschaft beruht, wenn es darum geht, Ansprüche und Prioritäten der lokalen Gesellschaft auszumachen, die auf den aktuellen Bedürfnissen dieser Gesellschaft beruhen. Wir werden zum Beispiel keine Maßnahmen in der Erziehungspolitik oder im Gesundheitswesen akzeptieren, ohne dass die Zivilgesellschaft an diesem Prozess beteiligt wird. Wir werden keine Projekte in die Tat umsetzen, die einer Vision folgen, von der wir nicht sicher sind, wie sie entwickelt wurde, ob sie etwa hinter verschlossenen Türen entwickelt wurde, um den Ansprüchen bestimmter »Geberländer« oder bestimmten Anforderungen der Weltbank gerecht zu werden. Wir sind sehr daran interessiert, dass es eine Verantwortlichkeit unserer eigenen Regierungen für die Bedürfnisse und Prioritäten unserer eigenen lokalen Gemeinschaft garantiert wird. Nur dann werden die lokale Gemeinschaft und die Gesellschaft das Gefühl der Eigenständigkeit (»ownership«) haben oder bekommen. Das ist ein weiterer wichtiger Punkt. Und dann sind wir in der arabischen Welt sehr daran interessiert, am gesamten Entwicklungsprozess beteiligt zu werden und dazu beizutragen, angefangen bei den schon erwähnten Einschätzungen, sprich: bei der Überwachung und Evaluation auf unterschiedlichen sektoriellen und nationalen Ebenen.

Die vierte Komponente ist, dass es unglücklicherweise auch sehr schwierig ist, eine ernsthafte, einheitliche Kooperation, Beratungsebene und Vernetzung unter verschiedenen Interessensvertretern und verschiedenen Segmenten oder Komponenten der Zivilgesellschaft zu finden. In einem Stadium der Kooperationskultur handelt es sich eher um eine konkurrierende

Kultur, und das bedeutet, dass NGOs – wie zum Beispiel Entwicklungsagenturen oder Berufszentren – nicht mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten. Wir haben kein Modell, das darin besteht, die NGOs mit sozialen Bewegungen zu verbinden. Es ist sehr schwierig, so etwas wie eine Art von Struktur oder einen institutionalisierten Beratungsprozess zwischen der akademischen Welt und den NGOs oder zwischen den politischen Parteien und den NGOs zu schaffen. Unglücklicherweise ist dieser Mangel an Koordination, an Kooperation und Beratung ein riesiges Hindernis, wenn es darum geht, die Demokratie voranzubringen und Einfluss auf die Öffentlichkeit zu bekommen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass es in dieser Region nur eine sehr schwache Vernetzung und Zusammenarbeit gibt. Erst vor kurzem kamen arabische NGOs zu der Einsicht, dass es sehr wichtig ist, eine Strategie zur Zusammenarbeit und Vernetzung zu entwickeln und die globale Agenda, also globale Fragen, mit der lokalen Agenda zu verbinden, um die Zusammenarbeit untereinander zu verbessern. Wir können in der Tat eine Vision entwickeln, die sich auf die wichtigsten Hauptfragen in der arabischen Region bezieht, wie etwa Demokratie, Frieden und Sicherheit, Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und andere mehr. Aber die regionale Vernetzung ist noch schwach. Ich möchte auch erwähnen, dass diese Organisationen gerade wegen des Auftauchens dieser Art von NGOs und wegen ihrer neuen Rollen immer noch unterschiedliche Probleme innerhalb der Organisationen selber haben. Wenn sie also als Förderer von Entwicklungen und Veränderungen auftreten wollen, müssen sie

unbedingt ihre eigenen Regierungen stärken, um ihr eigenes Management zu stärken.

Die letzte Komponente dieser Beschreibung ist eine sehr schnell gemachte Analyse, nämlich das Fehlen oder vielmehr die Schwäche des Beratungsprozesses zwischen den internationalen NGOs, den Gebern und den arabischen NGOs. Unglücklicherweise mangelt es an einem Verhältnis, das auf mehr als Empfänger-Geber-Mentalität beruht. Es fehlt noch eine echte Partnerschaft, in der wir zusammen sozio-ökonomische und politische Konzepte entwickeln und folglich Projekte in die Tat umsetzen können. Aber wir sollten hart daran arbeiten, dieses Partnerschaftskonzept zu entwickeln und zu aktivieren. Dann können wir in der Region mehr Einfluss auf demokratische Umgestaltung und Reformen und auf andere wichtige Punkte bekommen.

Aus dem Englischen von Ronald Voullié

→ Izzat Abdel Hadi arbeitet am »BISAN Center for Research and Development«, Ramallah.

HEINRICH
BÖLL
STIFTUNG



**Dubai/Vereinigte Arabische Emirate:
Fischhändler und seine Arbeiter aus
Bangladesh.**

AHMED BADAWI

Fünf Anmerkungen für die Umsetzung von Reformen im Nahen Osten

Ich möchte einen kurzen Überblick über den Aufschwung auf dem Markt von Reformplänen geben, soweit die arabische Welt betroffen ist. Seit den Ereignissen vom 11. September sind fast von überall Pläne gekommen. Natürlich wollten sich die Araber – die selber sehr gut sind, was die Kommunikation betrifft – nicht übertrumpfen lassen, und so haben wir nun Reformpläne aus Ägypten, aus Katar und aus Jordanien, wir haben Pläne für die Region als Ganzes, es gibt Reformpläne von der Arabischen Liga et cetera. Und es gibt natürlich die Erklärung von Alexandria, die ich für den Moment beiseite lasse, da das für mich zwar ein sehr interessanter Plan ist, bei dem allerdings die geringste Wahrscheinlichkeit besteht, dass er in die Tat umgesetzt wird.

Ich möchte fünf Anmerkungen machen. Die erste lautet, dass es wirklich keine großen Unterschiede zwischen diesen verschiedenen Plänen gibt. Wenn wir uns all diese Initiativen ansehen, so kommen sie – abgesehen von der Erklärung von Alexandria – hauptsächlich von Regierungsorganisationen. Sie enthalten sehr allgemeine Zielvorgaben, gegen deren letztendliche Ziele auch die arabischen Herrscher nichts einzuwenden haben, zumindest theoretisch. Warum gibt es also so viele konkurrierende Pläne, die sich kaum voneinander unterscheiden? Darauf habe ich keine Antwort. Das ist nur eine Beobachtung. Aber wir müssen bedenken, dass der Teufel im Detail steckt. Der Teufel lebt auf der Mikro-Ebene.

Daher will ich mich bei den nächsten vier Anmerkungen näher mit dieser Mikro-Ebene beschäftigen, weil dort die meisten Probleme liegen. All diese allgemeinen Erklärungen enthalten die Absicht, die arabische Welt in eine andere Welt zu verwandeln. Sie sind sich nicht nur ähnlich, sondern sie ähneln auch dem, was wir in den letzten 200 Jahren gehört haben. Wir benutzen nur verschiedene Begriffsrahmen, um darüber zu reden, wie man Völkern, die nicht unbedingt zivilisiert sind, Aufklärung und Zivilisation bringen kann.

Die zweite Anmerkung, die sich direkt auf die Fähigkeit jedes Plans, umgesetzt werden zu können, bezieht, ist die Verbindung zwischen den Annahmen, die dem Plan zugrun-

de liegen, dem Ziel des Plans und der Frage, wie diese beiden Dinge bei der Umsetzungsstrategie reflektiert werden. Aus der Sicht von jemandem, der aus der arabischen Welt kommt, haben wir ein großes Problem mit dem, was wir für die wahren Ziele von Plänen halten, die aus den USA kommen, und in geringerem Maße bei denen, die aus Europa kommen. Ich sagte schon zu Beginn, dass es keine Unstimmigkeit über die Ziele gibt, aber bei jedem Kommunikationsprozess ist die Glaubwürdigkeit desjenigen, der etwas vorlegt, sehr wichtig. Wenn wir diese verschiedenen Pläne in drei Bündel aufteilen, was haben wir dann? Wir haben ein Bündel von der US-Regierung, ein Bündel aus Europa und ein Bündel von den arabischen Regierungen – wenn ich weiterhin die Erklärung von Alexandria beiseite lasse.

Was könnte das Ziel dieser drei Gruppen von Akteuren sein? Es ist kein Geheimnis, dass das Hauptziel der USA darin besteht, für Stabilität und Sicherheit in dieser Region zu sorgen – vor allem seit den Ereignissen vom 11. September. Man geht von der Annahme aus, dass die Terroranschläge, von denen die USA getroffen wurden, die Folge eines Überschwappens der ungünstigen Bedingungen innerhalb der arabischen Welt sind. Darüber kann man diskutieren, aber das scheint mir, soweit ich es verstanden habe, das Ziel zu sein. Das Ziel der Europäer unterscheidet sich nicht besonders davon, aber es ist viel komplexer. Das liegt an der geographischen Nähe und an der Tatsache, dass Konflikte im Nahen Osten – ob nun zwischen Israelis und Palästinensern oder Konflikte über die Ressourcenverteilung in und unter den Nationen im Nahen Osten – Auswirkungen in Europa selber haben. Und zwar wegen der demographischen Struktur im heutigen Europa, die bewirkt, dass Europa sich mehr zurückhält. Die Europäer können es sich nicht erlauben, so abenteuerlich wie die USA aufzutreten, denn wenn etwas schief geht, sind sie direkt betroffen. Was die arabischen Regierungen betrifft, so besteht ihr Ziel, wie das Ziel jeder Regierung, darin, an der Macht zu bleiben. Ich glaube, darin stimmen alle überein. Was allerdings fehlt, ist wirklich das, was als das einzige legitime Ziel betrachtet werden sollte. Warum sollen wir Reformen in der arabischen Welt fordern? Zum

Wohl des Volkes. Keiner dieser Pläne ist wirklich seriös. Wenn man sich die Art der vorgeschlagenen Strategien anschaut, wenn man die Ziele untersucht, die wahren Ziele, und wenn man die Annahmen, die diesen Plänen zugrunde liegen, betrachtet, hat keiner von ihnen das Wohl des Volkes zum Ziel. Es wird viel darüber geredet, dass in der arabischen Welt eine demokratische Staatsform geschaffen werden muss. Das Wesen dieses Staates ist allerdings etwas, was noch geklärt werden muss. Welche Art von Staat wollen wir in der arabischen Welt haben? Ich neige dazu, den Stimmen zuzustimmen, die auch aus dem Westen kommen und sagen, dass dieser demokratische Staat einem Entwicklungsstaat (»developmental state«) untergeordnet werden kann und muss. Was wir in der arabischen Welt und in vielen Teilen der nicht-westlichen Welt brauchen, ist ein Entwicklungsstaat, der dem Wohl seiner eigenen Bürger dient und nicht etwa der Sicherheit einer Nation, die Tausende von Meilen entfernt liegt. Die Hauptaufgabe eines Staates besteht darin, sich um das Wohl seiner Bürger zu kümmern. Und das Ziel jedes Plans für Reformen in der arabischen Welt muss darin bestehen, einen effektiven Entwicklungsstaat in diesen arabischen Ländern zu schaffen, der das Wohl des Volkes sichert.

Meine dritte Anmerkung bezieht sich auf die Voraussetzungen. Wenn wir darin übereinstimmen, dass das Ziel oder die Vision darin besteht, einen Entwicklungsstaat zu bekommen, der sich in erster Linie um das Wohl des Volkes bemüht, was sind dann die Voraussetzungen für die Entstehung eines solchen Staates? Mir scheint, dass es dafür vier Voraussetzungen gibt. Erstens: Die Herrscher müssen legitimiert werden, und es gibt ein großes Problem mit dem Begriff der Legitimität. Dies ist ein technischer Punkt, ein theoretischer Punkt, und die Debatte muss mit der Frage der Legitimität begonnen werden. Wie definieren und bemessen wir Legitimität, insbesondere in Gesellschaften, in denen es keine glaubhaften Wahlen gibt? Das ist sehr wichtig, denn auch wenn man keine formalen Institutionen wie im Westen hat, kann man dennoch Legitimität haben. Wie können wir das bemessen? Wie können wir das ausmachen? Wie können wir das fördern? Die zweite Voraussetzung besteht meiner Meinung nach darin, dass die Gesellschaften in der arabischen Welt gegenwärtig extrem radikalisiert sind. Es muss zu einer »Entradikalisierung« der öffentlichen Meinung in der arabischen Welt kommen, und es müssen alle Energien mobilisiert werden, die in Richtung Produktion und Konsum gehen, welche beide zusammengehören: Produktion für den Export ist nicht unbedingt die beste Strategie, um das

Wohl der Bürger zu sichern. Es muss gleichzeitig Produktion und Konsum geben. Die dritte Voraussetzung ist aus meiner Sicht – und das bezieht sich auch auf die Frage der Konditionalität («conditionality») – die Umsetzbarkeit externer Anreize. Es ist manchmal recht frustrierend, wenn Araber und Europäer oder Amerikaner miteinander sprechen und die Debatte abgeleitet zu Aussagen wie: Das ist ein internes Problem, nein, das ist ein externes Problem. Eine solche Debatte ist nutzlos. Das Problem liegt in beidem, es ist intern und extern. Wir müssen herausfinden, wie interne Dynamiken und externe Dynamiken zusammenkommen können, um ein bestimmtes Ergebnis zu erzielen. Darauf müssen wir hinarbeiten.

Die Umsetzbarkeit von externen Anreizen ist ein extrem wichtiger Punkt. Man nehme als Grundlage das Volk. Arabische Regierungen können die öffentliche Meinung in der arabischen Welt erst dann »entradikalisieren«, und sie können erst dann damit anfangen, sie in Richtung Produktion und Konsum zu mobilisieren, wenn sie dazu legitimiert sind. Arabische Regierungen können erst dann eine Legitimität haben, wenn externe Anreize sie wegen der Art ihrer Macht mit dieser Legitimität versehen. Ein entscheidender Punkt. Wenn externe Anreize den arabischen Regierungen nicht helfen, Legitimität zu bekommen – und ich rede von existierenden Regierungen, ganz gleich wie gut oder schlecht sie sind, da es einen stabilen Staat geben muss –, dann wird es unmöglich sein, die öffentliche Meinung zu

»entradikalisieren« und es kommt zu einem Teufelskreis. Und das wird ein sehr übler sein.

Die vierte Voraussetzung ist Wissen. Ich stimme völlig damit überein, dass es in der arabischen Welt einen Mangel an Wissen gibt. Aber das ist nur die halbe Wahrheit. Wenn wir von Plänen über eine Reform in der arabischen Welt sprechen, müssen wir wirklich ein sehr robustes und sehr strenges Manifest für die Reform der arabischen Welt haben, und das sind ganz grundlegend die »Arab Human Development Reports« (2002 und 2003 vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen vorgelegt). Und es hat den Anschein, dass die Erklärung von Alexandria – wahrscheinlich wegen der dahinter stehenden Verbindung zur Weltbank – tatsächlich zu einem sehr interessanten Schritt nach vorn geworden ist, was die Umsetzung einiger Empfehlungen aus diesen »Reports« betrifft. Das bedeutet nicht, dass sie unfehlbar sind. Es muss alles noch sehr stark kritisch hinterfragt werden, da viele Dinge in der Vergangenheit nicht funktioniert haben. Und um dafür zu sorgen, dass sie in Zukunft funktionieren, müssen wir wirklich alles ganz konsequent überprüfen. Das Problem als ein Problem des Wissens (bzw. des »Mangels an Wissen«) in der arabischen Welt zu beschreiben, kann sehr irreführend sein. In einer Welt, die sich im Übergang befindet – und ich glaube, diese Erfahrung hat man auch in Europa und in den USA gemacht –, braucht man in der Gesellschaft kein umfassendes Wissen, aber man braucht Leute, die spezifische Arten

HEINRICH
BÖLL
STIFTUNG

von Wissen haben und denen genügend Macht gegeben wird, damit sie in der Lage sind, die Gesellschaft zu erziehen. Die Tatsache, dass die »Arab Human Development Reports« von arabischen Fachleuten geschrieben wurden, bedeutet auch, dass es gar nicht einen so schrecklichen Mangel an Wissen in der arabischen Welt gibt, was Planungsfragen betrifft. Das Problem ist, dass solche Leute keine Macht haben. Sie werden nicht genügend von Regierungsorganisationen in den USA und in Europa unterstützt, um alles tun zu können, was sie tun können. Anstatt auf den Rat von Leuten wie Fuad Ajami oder Ahmed Chalabi zu hören, bevor wir losziehen und in den Irak einmarschieren ... Hat überhaupt jemand daran gedacht, mit jemandem wie dem verstorbenen Edward Said zu sprechen und ihm ernsthaft zuzuhören? Dies ist ein sehr wichtiger



Café Fischawi in Kairo.

Bildunterschrift

Der Arab Human Development Report

Der Bericht über die menschliche Entwicklung wurde erstmals vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) 2002 herausgegeben, ein zweiter Bericht folgte Ende 2003. Seine Absicht ist es, die menschliche Entwicklung in der arabischen Welt zu fördern. Er wurde von einem Team arabischer Wissenschaftler und Autoren verfasst.

Während sich der erste Bericht den wichtigsten Herausforderungen im Bereich der Entwicklung widmet, denen die arabische Welt zu Beginn des dritten Jahrtausends gegenübersteht, beschäftigt sich der zweite Report mit einer der im ersten Report festgestellten Aufgaben: dem Aufbau einer Wissensgesellschaft.

Der Bericht 2003 stellt fest, dass Defizite in den Bereichen der Bildung, der menschlichen Freiheiten und der Ermächtigung von Frauen weiterhin eine ernste Herausforderung an die Entwicklung darstellen. Im Bereich der Wissensgesellschaft wird in allen Untersuchungen eine abnehmende Qualität der Wissensvermittlung erkannt. Die Analphabetenraten, besonders bei Frauen, halten sich auf hohem Niveau. Die Medien arbeiten in einer Umgebung, in der Presse- und Meinungsfreiheit stark eingeschränkt sind. Allerdings werden staatliche Monopole und Zensur durch private Satellitenkanäle herausgefordert. Der Anteil arabischer Bücher überschreitet nicht mehr als 1,1 Prozent der Weltproduktion, obwohl die arabische Bevölkerung 5 Prozent der Weltbevölkerung ausmacht.

Der Report kommt zu dem Schluss, dass zum Aufbau einer Wissensgesellschaft fünf Voraussetzungen erfüllt werden müssen:

- durch eine gute, dem Recht verpflichtete Regierungsführung werden die Grundfreiheiten der Menschen gewährleistet;
- eine qualitativ hohe Bildung wird allen Bürgern zugänglich gemacht;
- die Wissenschaft wird in gesellschaftliche Aktivitäten eingebunden, die Kapazitäten für Forschung und Entwicklung werden ausgebaut;
- in den sozio-ökonomischen Strukturen wird zu einer auf Wissen basierenden Produktion übergegangen;
- Entwicklung eines arabischen Wissensmodells, das auf Authentizität, Toleranz und Aufklärung beruht.

Bernd Asbach / Heinrich Böll Stiftung

Fortsetzung von Seite VII Punkt. Es lohnt sich auf jeden Fall mit Leuten zu sprechen, die das Wissen haben, das man braucht, ganz gleich ob man mit ihnen übereinstimmt oder nicht.

Meine vierte Anmerkung bezieht sich auf die Art des »political engineering«, das eingesetzt werden muss, um eine Gesellschaft umzugestalten. Keiner spricht mehr über die Modernisierungstheorie, obwohl jeder in Modernisierungsbegriffen denkt. Diesen Widerspruch müssen wir auflösen. Wir brauchen gesellschaftliche und politische Techniken, wenn wir Gesellschaften umgestalten wollen. Beim ursprünglichen Übergang zu Kapitalismus und Demokratie in den USA und in Westeuropa ist dieser Prozess sehr spontan abgelaufen und wurde von seinen eigenen Dynamiken getrieben. Ich stimme zu, dass wir nicht darauf warten können, dass etwas von selbst geschieht. Etwas muss als Katalysator wirken. Aber wie können wir dafür sorgen? Wie können wir Gesellschaften umgestalten? Seit 1949, dem Beginn des Entwicklungszeitalters, das von der Truman-Doktrin geprägt war, sind wir immer wieder gescheitert. Wir wissen nicht, wie wir Gesellschaften gesellschaftlich oder politisch aufbauen sollen. Wir wissen es einfach nicht. Und es ist nicht schlecht, zuzugeben, dass wir das nicht wissen. Ich habe hier ein Zitat von einem Nobelpreisträger. Dieser Mann ist einfach und bescheiden. Er sagt, wir wissen nicht, dass wir gerade erst anfangen zu begreifen, wie wir Gesellschaften umgestalten können. Und die Erfahrung aus Osteuropa nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist nicht besonders ermutigend, um es noch zurückhaltend zu formulieren. Welche Art von »political engineering« streben wir an?

In der arabischen Welt scheint es bis jetzt zwei Modelle zu geben. Das Modell der negativen Anreize oder negativen Sanktionen und das Modell der positiven Sanktionen. Ein und dieselbe Idee des Systemwechsels kann so viele verschiedene Dinge bedeuten. Es kann bedeuten physisch einzugreifen und den Herrscher abzusetzen, wobei man hofft, dass danach andere Leute, die aufgeklärter sind, an die Macht kommen und alles Weitere automatisch geschieht. Wie wir wissen funktioniert das natürlich nicht. Dies Modell wurde im Irak angewandt, und es wurde in den Palästinenser-Gebieten angewandt, und es scheint nicht zu funktionieren. Das andere Modell, das meiner Meinung nach bessere Erfolgchancen hat – und damit stimme ich eindeutig mit dem europäischen Weg der Problemlösung überein –, ist das Modell positiver Anreize. Es hat bei Libyen funktioniert, und ich würde sagen, es war sehr erfolgreich. Aber es gibt auch noch andere, sehr interessante Modelle für eine Veränderung in der arabischen Welt. Sie sind

nicht perfekt, aber Veränderung ist in jedem Fall ein langsamer Prozess. Es lohnt sich, einen näheren, nicht zynischen Blick auf das zu werfen, was in Katar und Bahrain und in der Golfregion insgesamt geschieht – und sogar in Saudi-Arabien. Wir müssen diese endogenen Modelle studieren, um zu verstehen, worin genau die Natur des »political engineering« besteht, das benötigt wird, um die arabischen Gesellschaften voranzubringen.

Meine fünfte und letzte Anmerkung bezieht sich auf die Art der Kommunikation. Dies ist ein sehr schwieriger Punkt, der mit der Frage des Wissens zusammenhängt. Wenn wir von Wissen sprechen, haben wir gemeinhin die traditionellen Disziplinen im Kopf. Wir denken gewöhnlich an Politologen, Wirtschaftswissenschaftler, Soziologen und – die Schlimmsten von allen – Sicherheitsexperten. Aber heute müssen wir eher in Begriffen von politischen Psychologen denken, wir müssen an Fachleute für Organisationsentwicklung denken, an Leute, die Kommunikationssysteme aufbauen können. Und man darf nicht glauben, dass solche Leute einfach nur dazu da sind, irgendwelche Pläne auszuführen, die aus der politischen Klasse kommen und von Anhängern der Mainstream-Politologie entworfen wurden. Wir müssen uns vielmehr vorstellen, dass solche Leute sich selber hinsetzen und den Plan entwickeln. Solche Experten aus den nicht-traditionellen Disziplinen sind sehr wichtig, und dies ist die Schüsselfrage, was die Kommunikationsweise betrifft. Auch wenn es keine Unstimmigkeit in Bezug auf die Ziele gibt, ist sehr viel Zorn in der Debatte, ist sehr viel Wut in der Diskussion, und das ist wirklich schwierig. Und in der Wut kann man überall sogar Spuren von Rassismus sehen. Ich beziehe das nicht auf die eine oder andere Seite, sondern meine wirklich »überall«. Und das trägt überhaupt nicht dazu bei, eine wirksame Verständigung herzustellen. Und ohne eine wirksame Kommunikation wird nichts laufen. Man kann den besten Plan haben, aber ohne die Fähigkeit, diesen Plan dem Volk, das ihn unterstützen kann, und denjenigen zu vermitteln, die ihn umsetzen können, ist er unmöglich, wird er nicht funktionieren. Und das Schlüsselwort ist hier wirklich die Art und Weise der Kommunikation. Wir haben verschiedene Hintergründe, verschiedene Kulturen, und wenn wir uns nicht mit diesem ganzen Komplex der Kommunikation befassen, dann wird auch nichts passieren.

Aus dem Englischen von Ronald Voullié.

→ Ahmed Badawi arbeitete bis Frühjahr 2004 im Forschungsprojekt »Elitenwandel in der Arabischen Welt« der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin.